

Pressemitteilung

www.stimmen09.de

Kampagne 'STIMMEN für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte' zur Bundestagswahl 2009:

37 Bundestagskandidatinnen und -kandidaten unterschreiben Koalitionsaussage für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik – auch starke Resonanz auf Wahlprüfsteine.

Die CDU verteidigt in ihrer Antwort die Residenzpflicht für Flüchtlinge – und steht damit allein da:

SPD: Residenzpflicht „erneut diskutieren“

FDP-Abgeordneter: „Residenzpflicht muss überdacht werden“

Bündnis 90/Die Grünen und LINKE: Scharfe Kritik an der Residenzpflicht

Auf die Wahlprüfsteine antworteten die Parteivorstände von CDU und SPD jeweils mit einer zentralen Stellungnahme. Die Stellungnahme der SPD wurde im Auftrag von Bundesgeschäftsführer Kajo Wasserhövel zugesandt. Auch Bündnis 90/Die Grünen haben eine einheitliche Antwort erarbeitet, die bislang 23 Kandidatinnen und Kandidaten unterschrieben und an das Bündnis „STIMMEN für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte“ gesandt haben – darunter auch einer der beiden Vorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Cem Özdemir. Die Linke hat neben einer Antwort der Bundestagsfraktion eine Stellungnahme ihrer migrationspolitischen Sprecherin im Bundestag, Sevim Dagdelen gesandt.

Ein kontroverses Thema ist die **Residenzpflicht für Flüchtlinge**. Hierzu hatte das Bündnis geschrieben:

„Seit über 30 Jahren besteht eine gesetzliche Regelung, die es Flüchtlingen und Geduldeten untersagt, den Wirkungskreis der für sie zuständigen Ausländerbehörde ohne vorherige Erlaubnis zu verlassen. Im alltäglichen Sprachgebrauch wird dieser massive Eingriff in die Bewegungsfreiheit der Betroffenen als Residenzpflicht bezeichnet. Eine derartige Regelung existiert in keinem anderen Land der EU.“

In der Antwort der CDU heißt es hierzu: „Ziel der gesetzlichen Regelungen ist es, eine gleichmäßige Verteilung der mit der Aufnahme von Asylbewerbern verbundenen Aufgaben und Belastungen für die Länder und Kommunen zu schaffen und durch die jederzeitige Erreichbarkeit der Asylantragsteller eine Beschleunigung der Verfahren zu bewirken.“ Die SPD gibt zu bedenken, dass die Residenzpflicht „angesichts gesunkener Asylbewerberzahlen einer erneuten Diskussion“ bedürfe.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Jan Mücke glaubt, dass sie sich „in der Vergangenheit oft als unpraktikabel erwiesen und unnötige Strafverfahren nach sich gezogen“ habe. „Sie muss deshalb überdacht werden.“

Bündnis 90/Die Grünen meinen:

„Die Residenzpflicht verstößt gegen das Recht auf Freizügigkeit. Sie gehört abgeschafft. Nicht nur die Residenzpflicht als solche ist integrationspolitisch falsch, sondern auch, dass ein Verstoß hiergegen als Ordnungswidrigkeit oder sogar als Straftat verfolgt wird“

Und die DIE LINKE stellt fest: „Zu Recht wird die Residenzpflicht von Betroffenen als institutioneller Rassismus und als Politik der Apartheid empfunden. Kaum zu glauben, dass in Deutschland seit 1982 strafrechtlich belangt werden kann, wer seine in einer anderen Stadt lebenden Verwandten oder Freunde besucht.“

Das Bündnis „Stimmen für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte“ (kurz www.stimmen09.de) besteht aus 14 Organisationen. Während des Europa- und Bundestagswahlkampfes hat das Bündnis für eine humane Flüchtlingspolitik geworben.

Mit dabei sind die Jugendlichen ohne Grenzen, das GRIPS Theater Berlin, die Flüchtlingsräte Berlin und Brandenburg, der Bayerische Flüchtlingsrat, die Internationale Liga für Menschenrechte und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Auch Asyl in der Kirche, die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und "borderline-europe" sind an Bord.

Nun geht es um die konkrete Politik der Zukunft – nach den Wahlen.

Pressekontakt

Flüchtlingsrat Berlin e. V.
Georgenkirchstr. 69-70
10249 Berlin

Kontaktperson: Jens-Uwe Thomas
Tel: 030/243 445 762
Mail: buero@fluechtlingsrat-berlin.de

Internationale Liga für Menschenrechte, ilmr@ilmr.de, Tel: 030-396 21 22

Das Wahlbündnis Stimmen09 besteht aus:

Asyl in der Kirche e.V., Bayerischer Flüchtlingsrat, BBZ Berlin, Borderline-europe e.V., Brandenburgischer Flüchtlingsrat, Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V., Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Flüchtlingsrat Berlin, GEW, GRIPS Theater, GRIPS Werke e.V., Internationale Liga für Menschenrechte, Jugendliche ohne Grenzen und Pro Asyl

Darüber hinaus gibt es zahlreiche UnterstützerInnen auf der Webseite!
www.hier.geblieben.net
www.stimmen09.de